

Rede des Herrn Bundespräsidenten vor der Gesellschaft für Politisch-Strategische Studien

„Wohin geht Europa – Herausforderungen, Chancen und Probleme“

Landesverteidigungsakademie, 22. Juni, 18 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Liste der Bücher, die der frühere deutsche Verteidigungsminister, Finanzminister und Bundeskanzler Helmut Schmidt geschrieben hat, ist außerordentlich umfangreich. Und dennoch ist vor einigen Wochen neuerlich ein Buch des im 97. Lebensjahr stehenden Helmut Schmidt unter dem Titel „Was ich noch sagen wollte“ erschienen. Es ist eine bunte Mischung von Erinnerungen, Erlebnissen und Bewertungen, die von ihm zu Papier gebracht wurden, aber im Mittelpunkt steht das Thema Europa.

Es wird bei der Lektüre dieses Buches des im Jahr 1918 geborenen ehemaligen deutschen Bundeskanzlers, der von 1938 bis 1945 die deutsche Uniform getragen hat, bevor er in britische Kriegsgefangenschaft geriet, einmal mehr deutlich, wie sehr er - Helmut Schmidt - den wichtigsten Akteuren der ersten Nachkriegsjahre, zum Beispiel Adenauer, Churchill, De Gaulle, Jean Monnet, aber auch Exponenten der USA und der Sowjetunion genau auf den Mund geschaut hat und deren Motive bewunderte. Besonders imponierte ihm die Rede, die Winston Churchill am 19. September 1946 in Zürich gehalten hatte, in der der britische Premier die Franzosen und die Deutschen aufforderte, sich endgültig auszusöhnen und gemeinsam die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa in Angriff zu nehmen.

Churchill wollte dadurch die Deutschen, deren wirtschaftlichen Wiederaufstieg er voraussah, dauerhaft in die westliche, demokratische Gesellschaft einbinden, er wollte den gefährlichsten Kriegsgrund, nämlich die deutsch-französische Rivalität entschärfen und außerdem in Europa ein Bollwerk schaffen, das mithelfen sollte, ein weiteres Vordringen der Sowjetunion nach Westen zu verhindern.

Ähnlich dachte offenbar der Franzose Jean Monnet, der den Argumenten Churchills noch hinzufügte, dass sich Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur behaupten werde, wenn es in der Lage ist, die Schranken und Grenzen nationalstaatlichen Denkens zu überwinden.

Seit solches von einzelnen Persönlichkeiten in Europa gedacht und auch zur Richtschnur politischen Handelns gemacht wurde, hat Europa sieben Jahrzehnte einer im Großen und Ganzen friedlichen Entwicklung hinter sich. Es hat in diesen sieben Jahrzehnten aber auch sehr gefährliche Momente und Rückschläge gegeben. Ich denke z.B. an die Blockade Berlins im Jahr 1948, an die Ungarische Revolution und deren Niederschlagung im Jahr 1956, an den Bau der Berliner Mauer 1961, an die Kubakrise von 1962, an die Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahr 1968, an die Krise in Polen zu Beginn der 80er Jahre, an die Kriegseignisse am Balkan nach dem Zerfall Jugoslawiens in den 90er Jahren oder in jüngster Vergangenheit an die Ukraine Krise.

Es hat aber auch Sternstunden der europäischen Entwicklung gegeben, die ich nicht im Einzelnen aufzählen muss und die in Summe dazu beigetragen haben, dass die Gesamtbilanz der Entwicklung Europas in den letzten 70 Jahren als eindeutig positiv bewertet werden kann:

Das demokratische Prinzip hat sich weitgehend durchgesetzt.

Die wirtschaftliche Entwicklung war in Summe außerordentlich positiv.

Die Gefahr einer militärischen Bedrohung ist für die meisten europäischen Staaten geringer geworden.

Nach vielen Jahrzehnten ist auch die Spaltung Europas überwunden worden und der Begriff Europa hat Konturen erhalten. Es ist heute mehr denn je nicht nur ein geographischer, sondern ein politischer und wirtschaftlicher Begriff.

Die schwierige und heikle Frage vor diesem Hintergrund lautet: Können wir annehmen und erhoffen, dass diese positive Grundtendenz sich auch in Zukunft fortsetzen wird, oder kündigen sich Verwerfungen, Gefahren, Rückschläge und Herausforderungen an, die ein neues, weniger positives Kapitel in der Geschichte Europas einläuten und einleiten?

So klar und unveränderbar das Bild der Vergangenheit ist, so unklar, variantenreich und wechselvoll ist seit Menschengedenken die vor uns liegende Periode. Das gilt sowohl für den einzelnen Menschen als auch für Institutionen, für ganze Staaten und für die menschliche Gesellschaft insgesamt.

Die Tatsache, dass es immer wieder auch zutreffende Prognosen über künftige Entwicklungen gibt, besagt nicht viel mehr, als dass sich aus einer enormen Vielzahl solcher Prognosen und Analysen, die eine oder andere auch als einigermaßen zutreffend erweisen kann.

Da ich aber ein Gegner eines historischen Determinismus bin und wir meines Erachtens Mitverantwortung für die Zukunft tragen, sind wir trotz aller Schwierigkeiten verpflichtet, uns mit dem heiklen Thema namens Zukunft zu beschäftigen.

Hilfreich ist dabei, dass wir aus der Vergangenheit lernen können und es wäre sträflich, Lehren aus der Vergangenheit nicht zu berücksichtigen.

Eine der Lehren aus der Vergangenheit sagt uns zum Beispiel, dass sich Krieg im Laufe der Zeit immer weniger als geeignetes Instrument zur Lösung politischer Probleme erwiesen hat und dass wir heute -aufgrund der Entwicklung der Waffentechnologie - längst den Punkt erreicht haben, wo Krieg für intelligente und verantwortungsbewusste Menschen als Option zur Lösung politischer Probleme ausscheidet.

Dabei müssen wir aber zwei Dinge sorgfältig auseinander halten: Nämlich Landesverteidigung bzw. friedenssichernde Aktionen auf der Basis von Beschlüssen völkerrechtlich relevanter Institutionen, die ich nicht als Krieg bezeichne einerseits, und Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln andererseits. Das sind zwei grundverschiedene Dinge und mein uneingeschränkt negatives Urteil bezieht sich auf die militärische Aggression, auf den völkerrechtswidrigen Einsatz militärischer Gewalt, auf den Krieg zum Zwecke der Machterweiterung.

Eine zweite Lehre ist für mich, dass ein überspitzter Nationalismus nicht dem eigenen Volk nützt, sondern der Völkergemeinschaft - einschließlich des eigenen Volkes - schadet. Bruno Kreisky hat in vielen Reden den Unterschied zwischen einem auf positiven Kräften und Empfindungen beruhenden Patriotismus und einem aggressiven, die Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage stellenden oder sogar verneinenden Nationalismus herausgearbeitet.

Eine dritte Erkenntnis lautet meines Erachtens, dass die Zahl der Probleme, die nur auf supranationaler Ebene sinnvoll gelöst oder zumindest besser gelöst werden können, in einer Zeit der Globalisierung und des Zusammenrückens der Staaten deutlich im Steigen ist, so dass der Gedanke der Europäischen Union auch unter diesem Gesichtspunkt wohl begründet und gerechtfertigt ist.

Die Zahlen zeigen uns, dass derzeit (2015) sowohl die USA als auch China als auch die EU ziemlich genau je ein Sechstel des globalen Bruttonationalproduktes erzeugen. Das heißt, nur als Gemeinschaft und daher mit der Möglichkeit des gemeinsamen und koordinierten Handelns steht die EU den USA oder China aber bald auch Indien und anderen großen Regionen, auf Augenhöhe gegenüber.

Ich denke, dass bei der Entwicklung der Europäischen Union etliche der vorstehend genannten Lehren und Erfahrungen ihren Niederschlag gefunden haben. Und dennoch können wir uns nicht zurücklehnen und positive Erfahrungen der Vergangenheit risikolos in die Zukunft extrapolieren. Eher das Gegenteil ist der Fall!

Auch als gesichert eingeschätzte Bestandteile der europäischen Ordnung können wieder verloren gehen und als gelöst angesehene Probleme können wieder virulent werden.

Ein großes Problem sehe ich z.B. darin, dass sich die heute in Europa lebenden Bürgerinnen und Bürger vieler Errungenschaften, die in den vergangenen Jahrzehnten mit vereinten Kräften geschaffen wurden, wie zum Beispiel des Wertes der friedlichen europäischen Zusammenarbeit, immer weniger bewusst sind. Dadurch kann die Wertschätzung für das Erreichte oder die Hemmschwelle gegenüber restaurativen Tendenzen geringer werden oder sogar verloren gehen.

Ich halte auch das, was der britische Premierminister derzeit tut bzw. in Kauf nimmt, nämlich das Pokerspiel mit der britischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union für problematisch und als Beweis für einen tendenziellen Verlust Europäischer Solidarität.

Ein drittes Problem liegt meines Erachtens darin, dass die EU auch nach jahrzehntelanger Existenz nicht in der Lage ist, ein Strukturziel, also einen finalen Bauplan, zu entwickeln.

Ich gebe zu, dass ich das sogar verstehen kann, denn das „Europa der Vaterländer“ von De Gaulle ist im 21. Jahrhundert nicht mehr ausreichend und ermöglicht weder eine koordinierte Finanzpolitik noch eine wirksam koordinierte Außenpolitik.

Auf der anderen Seite sind die „Vereinigten Staaten von Europa“-also ein Nachholprozess dessen, was in Nordamerika im 18. Jahrhundert möglich war - wahrscheinlich ein zu hoch gestecktes Ziel. Es lässt die vielen gravierenden Unterschiede zwischen dem nordamerikanischen Kontinent im 18. Jahrhundert und dem europäischen Kontinent im 21. Jahrhundert außer Betracht.

Und dennoch liegt in dieser unbeantworteten Frage eine der Schwächen für die weitere Entwicklung Europas.

Als viertes möchte ich das alte Dilemma zwischen Erweiterung und Vertiefung nennen: In den Memoiren großer Europäer trifft man häufig auf Nostalgie in Bezug auf die Pionierzeit der europäischen Zusammenarbeit mit sechs oder neun Mitgliedstaaten, wo die Staats- und Regierungschefs der europäischen Kernfamilie rund um einen Kamin Platz fanden und die Willensbildung im Vergleich zu heute dementsprechend einfach war.

Es war dies allerdings eine Union, die zunächst nur ein Sechstel der Staaten Europas umfasste, also eigentlich keine Europäische Union sondern nur eine Europäische Teilunion. Die Erweiterung auf neun, dann auf zwölf und vor 20 Jahren auf 15 Mitgliedsstaaten entsprach der EU-Philosophie von einer umfassenden Union und zwar einer Union, wo für den Beitritt eines neuen Mitgliedes Aufnahmeprüfung beim Beitrittskandidaten und Aufnahmebereitschaft bei den alten EU-Mitgliedern erforderlich waren.

Der Sprung von 15 auf derzeit 28 Mitglieder, 15 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, hatte sehr gute politische und moralische Gründe. Aber manche der Probleme, die wir heute haben, hängen damit zusammen, dass die Aufnahmeprüfung eines Landes offenbar nicht so einfach zu definieren und zu berechnen ist, wie die Einwohnerzahl oder die Fläche eines Landes. Demokratische Reife oder Korruption lassen sich weder in Zentimetern, noch in Gramm, noch in Sekunden exakt messen.

Und die Wirtschafts- und Finanzkrise, die vier Jahre nach der großen Erweiterungsrunde ausgebrochen ist, hat diese Probleme noch verschärft und zugespitzt.

Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

Ich persönlich bleibe bei der Meinung, dass man von einer Europäischen Union im vollen Sinn des Wortes erst sprechen kann, wenn auch die restlichen sechs Staaten des westlichen Balkan ihren Weg in die Union gefunden haben. Aber es gibt auf diesem Weg keine abgekürzte Route.

Ein Staat wie Makedonien, der sich relativ nahe an den Beginn von Beitrittsverhandlungen herangearbeitet hat und dabei von Österreich mit Nachdruck unterstützt wird, hat die letzten beiden Jahre nicht ausreichend benutzt, um die letzten Hürden vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu überwinden. In jüngerer Vergangenheit ist dieser Annäherungsprozess aus den bekannten Gründen eher abgeschwächt worden, sodass jene EU-Staaten, die Makedonien unterstützen, es heute nicht leichter sondern schwerer haben als vor etwa zwei Jahren.

Außerdem muss man sich bewusst sein, dass die Erweiterungsschritte der Europäischen Union im 21. Jahrhundert und die noch bevorstehenden Entscheidungen über eine Erweiterung mit der Forderung nach einer Stärkung der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen sind. Wenn die Europäische Union eine Mitgliederzahl von etwa 35 Staaten erreicht haben wird, das heißt, wenn die Integration der Staaten des westlichen Balkans abgeschlossen ist, wird man die Erweiterungsstrategie jedenfalls ernsthaft überdenken müssen.

Ein weiteres wichtiges und derzeit nicht befriedigend gelöstes Problem ist für mich das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland.

Faktum ist, dass in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Teile Europas zweimal Krieg gegen Russland geführt haben, wobei der Zweite Weltkrieg den Ersten hinsichtlich der Zahl der Toten, an materiellen Schäden, aber auch an Fanatismus und Brutalität weit übertroffen hat.

Die Sowjetunion hat sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf jenen Territorien festgekrallt, die sie unter unvorstellbaren Opfern im Krieg gegen Hitler erobert hatte. Kein Quadratmeter des eroberten Territoriums sollte wieder verloren gehen, war die feste Absicht Moskaus, wobei der Rückzug sowjetischer Soldaten aus Ostösterreich als Konsequenz des Staatsvertrages von 1955 damals ein absoluter Sonderfall war.

Ermöglicht und stabil gehalten wurde die Balance in Europa durch das sogenannte Gleichgewicht des Schreckens. Genauer gesagt durch die Fähigkeit von NATO und Warschauer Pakt, einander wechselseitig, und zwar auch im Zweitschlag, zu vernichten.

Nach den weitgehend friedlichen Umwälzungen der Jahre 1989 bis 1991 wurde die Landkarte Europas neu gezeichnet.

Und man kann nicht bestreiten, dass sich die Führer der Sowjetunion bzw. Russlands, aber auch ihre Verhandlungspartner im Westen, in dieser äußerst sensiblen Phase sehr verantwortungsbewusst verhalten haben.

Die Emanzipation einer Reihe von Staaten aus dem Herrschaftsbereich der Sowjetunion, dem ehemaligen Warschauer Pakt, und deren Beitritt zur NATO war die Folge einer Entwicklung, die von Gorbatschow und seinen Nachfolgern nur durch äußerst riskante Gewaltanwendung hätte verhindert werden können und daher hingenommen wurde. Damit war eine Art Höhepunkt oder Optimum im Verhältnis zwischen Europa bzw. dem Westen zu Russland, aber - wie sich inzwischen herausgestellt hat – auch die Schmerzgrenze Russlands in Bezug auf die Ausdehnung der NATO erreicht. Besonders strapaziert wurde diese Schmerzgrenze, als nicht nur ehemalige Staaten des Warschauer Paktes in die NATO aufgenommen wurden, sondern auch ehemalige Sowjetrepubliken. Dadurch wurden die Grenzen der NATO nicht nur immer näher an die Grenzen der Sowjetunion herangerückt, sondern diese Grenzen teilweise sogar überschritten.

Auch die Vorgangsweise der EU in Bezug auf das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine war – zumindest aus heutiger Sicht betrachtet – nicht optimal. Man hat die absolut sensible und labile Lage der Ukraine am Schnittpunkt politischer und wirtschaftlicher Interessen sowohl Europas als auch Russlands unterschätzt und so getan, als ginge diese Entwicklung Russland überhaupt nichts an, was sich als fatale Fehleinschätzung herausgestellt hat.

Natürlich gilt nach unserer Auffassung nach wie vor der Grundsatz, dass große und kleine Staaten in gleicher Weise das Recht haben, über ihre Zukunft zu entscheiden und sich auf die Unantastbarkeit ihrer Grenzen zu verlassen.

Aber aus dem kritischen Rationalismus von Karl Popper lässt sich unter anderem der kluge Satz bzw. der kluge Rat ableiten, welcher in vereinfachter Form lautet: Denke immer auch mit dem Kopf deines Gegenüber, um ein kontroversielles Problem zu verstehen und vernünftig zu lösen.

Die Anwendung dieses Prinzips habe ich den letzten Jahren in den Beziehungen zwischen Europa und der NATO auf der einen Seite und Russland auf der anderen Seite mehrfach vermisst.

Man kann ja nicht leugnen, dass Russland nicht das einzige große Land ist, dessen strategisches Denken über die eigenen Staatsgrenzen hinausreicht und sensible Nachbarregionen mitumfasst. In bestimmten Fällen sogar über einen ziemlich breiten Atlantik hinweg.

Natürlich war und ist die Annexion der Krim ein Verstoß gegen das internationale Recht.

Doch auch die militärischen Aktionen gegen den Irak unter Diktator Saddam Hussein waren nach Meinung einer überwiegenden Zahl von Völkerrechtsexperten ein Verstoß gegen internationales Recht, und solche Verstöße zu kritisieren ist nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig und auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Es soll aber nicht bei dieser Kritik bleiben, sondern es muss darüber hinaus nach sinnvollen, realistischen und friedlichen Lösungen gesucht werden. Daher begrüße ich alle Bemühungen, die auf dieses Ziel gerichtet sind und hoffe, dass sie erfolgreich sind.

Im Hintergrund dieser Hoffnung steht die Tatsache, dass wir heute, im Jahr 2015, in einer Zeit mit deutlich mehr Krisenherden leben, als dies vor zehn oder 15 Jahren der Fall war. Ich bin daher überzeugt, dass Friede und Sicherheit in Europa und den angrenzenden Regionen im Osten in beträchtlichem Ausmaß davon abhängen, ob sich Europa und Russland dennoch sicher fühlen können und ob ein Mindestmaß an wechselseitigem Vertrauen wieder aufgebaut werden kann.

Zu diesem Zweck muss Europa gegenüber Moskau eine klare Sprache sprechen, aber auch gegenüber Kiew. Bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen muss an alle beteiligten Kontrahenten der gleiche Maßstab angelegt werden.

Es mag durchaus sein, dass Europa in einem beinharten ökonomischen Wettbewerb mit Russland einschließlich des Versuches, sich gegenseitigen Schaden zuzufügen, am längeren Ast sitzen würde.

Aber in einem solchen Wettbewerb würden längerfristig beide Seiten schweren Schaden erleiden. Eine Politik der Vernunft muss daher versuchen, dies zu vermeiden.

Außerdem gibt es auch außerhalb Europas in wachsendem Ausmaß Probleme, für deren Lösung die UN-Vetomacht und Atommacht Russland aus einer Reihe von Gründen von großer Bedeutung ist.

Ich habe bisher das Wort China nur ein einziges Mal erwähnt und zwar mit dem Hinweis, dass derzeit das Bruttonationalprodukt der Europäischen Union und das Bruttonationalprodukt Chinas in etwa gleich groß sind. Vor 20 Jahren war demgegenüber das Verhältnis etwa acht zu eins zu Gunsten Europas. Aus dieser Entwicklungslinie und aus den nach wie vor enormen Wachstumsraten Chinas lässt sich schließen, dass in absehbarer Zeit China einen beachtlichen Vorsprung gegenüber Europa erlangen und globale Entwicklungen in wachsendem Maße beeinflussen wird.

Es wird Sie vielleicht überraschen, wenn ich sage, dass mich das nicht in besonderer Weise beunruhigt. China ist auf dem Weg zur Supermacht und wird als solche von seinen Nachbarn mit einem gewissen Ausmaß an Argwohn beobachtet.

Aber China hat sich in seiner jahrtausendelangen Geschichte vorwiegend auf sich selbst konzentriert und keine expansiven militärischen Weltmachtambitionen entwickelt – wie das auch Henry Kissinger in seiner umfassenden Chinaanalyse darstellt. Die jüngsten Zahlen, die uns zur Verfügung stehen, zeigen, dass China und die USA zu Kaufkraftparitäten derzeit ein etwa gleich großes Bruttonationalprodukt haben, dass die USA derzeit aber für Rüstung ca. 3 mal so viel ausgeben als China jährlich für Rüstung ausgibt. Und auch wenn das am 26. Mai 2015 – also vor wenigen Wochen – von Peking veröffentlichte erste Militärweißbuch kritische Aufmerksamkeit bei westlichen Sicherheitspolitikern gefunden hat, weil in die Militärstrategie der Volksbefreiungsarmee zum ersten Mal die „Sicherheit der Meere“ als strategische Aufgabe genannt wird, muss hinzugefügt werden, dass Peking in genau diesem Militärweißbuch auch hinzufügt, dass China „niemals Hegemonie oder Expansion anstreben wird“.

Ich habe über diese Frage und auch über das Thema Russland erst vor wenigen Tagen, am 17. Juni in Berlin, mit Prof. Henry Kissinger gesprochen und festgestellt, dass er ebenfalls an seinen diesbezüglichen Auffassungen festhält: China kennt nicht das Expansionsstreben der ehemaligen westlichen Kolonialmächte. Es genießt seine Stärke, ohne den brennenden Wunsch, diese Stärke in territoriale Expansion umsetzen zu müssen.

An dieser Beurteilung ändern auch die weltweiten wirtschaftlichen Aktivitäten Chinas nichts. Das Verhältnis zwischen chinesischen Inlandsinvestitionen und Auslandsinvestitionen ist im Großen und Ganzen nicht anders als bei Deutschland, Schweden, Österreich oder den USA.

Wie kann ich meine bisherigen Ausführungen zum Thema Europa und insbesondere zu Herausforderungen, Chancen und Problemen Europas zusammenfassen?

Ich betone nochmals, dass ich die vor uns liegende Entwicklung nicht für determiniert halte. Das heißt, ich bin nicht der Meinung, dass sich die Zukunft zwingend und unabänderlich aus den heute vorhandenen Faktoren und Gegebenheiten ergibt, so dass wir sie nur erhoffen oder befürchten, aber bestenfalls marginal beeinflussen können.

Ich bin vielmehr der Auffassung, dass die Zukunft – innerhalb eines bestimmten Rahmens – gestaltbar ist und heute noch keinesfalls feststeht, wie Österreich, Europa oder die Welt in 20 oder 30 Jahren aussehen werden.

Die Worte „innerhalb eines bestimmten Rahmens“ bringen zum Ausdruck, dass die Zukunft kein Wunschkonzert ist, wo jedes gewünschte Resultat lieferbar ist, sondern eine Mischung aus faktenbasierten Tendenzen, technologischen Entwicklungen und Handlungen von Menschen als Trägern der Geschichte, einschließlich unerwarteter Wendepunkte.

Was wir zu diesen Entwicklungen beitragen können, liegt meines Erachtens vor allem in nachstehenden Zielsetzungen: Friede, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an die Spitze unserer Werteskala setzen - und mit Leben erfüllen;

Krieg und Gewalt als Mittel der Politik ächten und zurückdrängen;

engstirnigen Nationalismus und Ignoranz gegenüber dem Grundsatz, dass alle Menschen gleich an Rechten und Würde geboren sind, als Relikte aus dem 19. und 20. Jahrhundert hinter uns lassen;

Die politischen und moralischen Grundlagen des europäischen Projekts nicht aus den Augen verlieren und unbeirrbar an einer Weiterentwicklung des Europäischen Projektes zu arbeiten;

und jeder neuen Generation die Chance geben, Verantwortung zu übernehmen und an dem zeitlosen Projekt einer Höherentwicklung der menschlichen Zivilisation und der menschlichen Kultur weiterzuarbeiten.

Ich denke, dass die Menschen in 30 Jahren – also 2045 – nicht anders sein werden als heute und auch nicht glücklicher oder besser.

Ich bin der Meinung, dass die Aufgaben, die in Europa zu lösen sind, in den nächsten 30 Jahren nicht leichter – vielleicht sogar schwieriger – sein werden, als jene in den vergangenen 30 Jahren.

Aber gleichzeitig hoffe ich, dass auch 100 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, also ebenfalls bis 2045, die Europäische Friedensperiode keine gravierende Unterbrechung erfahren wird.

Darüber hinaus hoffe ich, dass Washington, Brüssel, Moskau, Peking und andere regionalen Partner auf Augenhöhe und vernünftig miteinander reden und dass die Menschenwürde – und das ist vielleicht das Schwierigste – ein universeller in Theorie und Praxis anerkannter Wert sein wird.

Mit weniger sollten wir uns nicht zufriedengeben, aber wesentlich mehr sollten wir realistischweise nicht erwarten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.